



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24881 - 33
Fernschreiber 08-6890

P/XIII/10 - 13. Januar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 3	Vor einem neuen Manifest der "Achtzehn von Göttingen"? Ein Gespräch mit Professor Fritz Strassmann	152
4 - 5	Dem weltpolitischen Gespräch entgegen Nicht mit Vorbedingungen belasten !	77
6 - 7	Der liberale Aberglaube "Das unbrauchbare Nationalbudget"	66
8	Rom und Moskau Gromyko auf Kontaktsuche zum Vatikan	30

* * * * *

Vor einem neuen Manifest der "Achtzehn von Göttingen"?

Zu Beginn dieser Woche tritt die "Arbeitsgruppe Kernphysik" der Deutschen Forschungsgemeinschaft auf Einladung des Physikers und Philosophen Carl Friedrich von Weizsäcker in Bad Godesberg erneut zu einer Beratung zusammen. Die Vorbereitung einer weiteren Stellungnahme der "Achtzehn von Göttingen" wird erwogen.

sp- Wir sprachen mit Professor Fritz Strassmann, einem der prominenten Unterzeichner des "Göttinger Manifests". Der weltbekannte Kernforscher ist eine eigenwillige Persönlichkeit, die profilierte politische Anschauungen kennzeichnet. "Das politische Wollen der SPD ist vernünftig und real", so sagte er. Unser Gespräch galt der Lage und zugleich der Entwicklung, wie sie sich seit der Entdeckung der Uran-Kernspaltung durch Otto Hahn und Fritz Strassmann vollzogen hat. Die sich fortgesetzt verschärfenden politischen Spannungen bildeten den Hintergrund der Unterhaltung. Wir verwiesen auf den Report Rowan Gaither's, der die Situation der USA dunkel genug analysierte. Wir verwiesen auch auf die beruhigenden Worte Eisenhower in seiner "State of Union" - Rede. .

Professor Strassmann stellte zur Problematik der Gegenwart und nächsten Zukunft fest: "Die Frage lautet so, ob die in den Arsenalen der beiden grossen Gegner gestapelten Wasserstoff- und Plutoniumbomben in einem überraschenden Schlage irgendwann eingesetzt werden. Die Frage lautet auch, ob die atomare Bewaffnung selbst der kleineren Mächte über kurz oder lang stattfinden wird. " - Den Kreis der deutschen Kernphysiker von internationalem Ruf, die "Achtzehn von Göttingen", die an der Entwicklung nuklearer Waffen nicht mitarbeiteten, erfüllt ernste Sorge. Das Manifest hat nicht zur Einstellung der nuklearen und thermoklearen Bombentests geführt. Im Gegenteil: Die Rüstungen und Versuche wurden im verstärkten Umfang fortgesetzt.

"Nehmen Sie zur Kenntnis", sagte uns Professor Strassmann, "dass wir Wissenschaftler des Göttinger Manifests niemals der Rüstung, der Vorbereitung eines Krieges und insbesondere nicht der Entwicklung nuklearer Bomben und Granaten dienen werden. Ich habe zu dem Manifest, dem vielleicht noch eine weitere Entschliessung folgen wird, eine eigene Stellung eingenommen. Trotzdem habe ich meinen Namen darunter gesetzt."

Fritz Strassmann lachte: "Sie sind sehr erstaunt, nicht wahr, aber ich werde gleich deutlicher. Die Tatsache, dass einige Grossmächte über nukleare Bomben verfügen, lässt sich im Augenblick leider nicht rückgängig machen. Vielleicht ist aber gerade diese Tatsache Anlass zu der vorsichtigen Hoffnung, dass die Politiker und Militärs diese Bomben nicht anwenden werden. Die Anwendung von A- oder H-Bomben würde zur Ausrottung ganzer Bevölkerungen führen. Die verantwortlichen Politiker und Militärs jedes Lagers hätten also auch keine Aussicht, dem Inferno zu entgehen. Auch sie würden durch Tod oder Siechtum unmittelbar betroffen werden. Solange sie noch einen Funken von Vernunft haben,

können sie diese Waffen nicht einsetzen. Immer wurde militärisches Gleichgewicht von Schrecken getragen; aber bisher waren es niemals solche Schrecken.

Doch unabhängig davon: Würden die ungezählten Milliarden, die die Staaten in ihre Rüstungen investieren, anderen, nützlichen Zwecken zugeführt, so könnte die Menschheit endlich aufatmen".

"Wir Wissenschaftler müssen warnen"

"Deshalb masse ich mir an, den Politikern Ratschläge zu erteilen. In Göttinger Manifest kam eine gegenteilige Ansicht zum Ausdruck. Wenn ich für reif genug erachtet werde, bei einer Wahl meine Stimme abgeben zu dürfen, warum sollte ich dann nicht sogar eine politische Meinung haben, die den Politikern etwas zu sagen hat? Ich halte diese Männer nicht für unfehlbare Experten. Man hat uns getadelt, weil das Manifest in die Politik eingegriffen habe. Ich denke, wir haben mit unserem Manifest recht behalten. Das hat sich mehr und mehr gezeigt. Wir mussten warnen - und vielleicht werden wir weiter nachdrücklich warnen, wenn sich die Lage weiter zuspitzen sollte. Jedenfalls beobachten wir die politische Situation genau. Dieses Recht lasse ich mir übrigens von niemanden streitig machen, und ebensowenig werde ich und werden die Unterzeichner des Manifestes aus politischen Rücksichten schweigen, sollte das auch manchen Politikern wünschenswert sein".

Professor Strassmann pflichtete dann der Auffassung bei, dass die vor den Amerikanern gewünschten europäischen Abschussbasen für Raketen zwar eine Herausforderung der Sowjetunion bewirken, aber nicht die Stärke des Westens demonstrieren könnten. Der Forscher erklärte seine Ansicht: "Durch Raketen mittlerer Reichweite sind die zweifellos kriegswichtigen zentralen Gebiete der Sowjetunion nicht zu treffen". "Niemals darf die Bundesrepublik etwa zum Stapelplatz von Kernwaffen werden!" Fritz Strassmann legte auf diese Feststellung Nachdruck. "Uns sollte selbst die schwache Aussicht auf eine Wiedervereinigung mehr wert sein als die zweifelhafte Position einer vorgelagerten militärischen Bastion. Wir dürfen weder direkt noch indirekt der Einlagerung von nuklearen Bomben oder Granaten zustimmen und also auch den Amerikanern nicht erlauben, sich der Bundesrepublik als Arsenal dieser Art zu bedienen. Herr Strauss scheint ja die Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Waffen vorläufig aufzugeben zu haben". -

Wir warfen ein: "Schliesslich werden gewundene Gespräche geführt und Erklärungen des Regierungschefs abgegeben, die dem Volk vorgaukeln, als würde die Bundesrepublik kaum jemals Basen für die Raketen der Amerikaner zur Verfügung stellen. Tatsächlich bestehen aber solche Basen auf westdeutschem Territorium bereits. Für den politischen Effekt ist es gleichgültig, ob die für diese Basen bestimmten Raketen 1 000 Kilometer oder 3 000 Kilometer weit fliegen. Wir bezahlen sie mit der endgültigen Preisgabe unserer Brüder in Mitteldeutschland".

Wehrpflicht überflüssig

"Das ist es eben!" Strassmann zeigte sich aufrichtig bekümmert. "Es wäre besser gewesen, wenn wir niemals eine Wehrpflicht eingeführt hätten", erklärte er. "Es ist geradezu lächerlich, dass die Regierung schon wieder 'Soldatentum' ausspielt. Was soll dieser Unfug? Wollen wir mehr scheinen als wir sind? Wir sind eine geschlagene Nation und haben allen Grund, keinerlei Politik der Stärke, der geladenen Gewehre oder gar der Wasserstoffbombenbedrohungen mitzumachen. Wir haben nur eine Pflicht - sie ist das g

naue Gegenteil der Wehrpflicht! Zur Entspannung beitragen! Leisten wir diesen Beitrag, einen erfolgreichen Beitrag, dann könnten wir auch auf die Wiedervereinigung hoffen. Den Amerikanern und uns selbst würden wir damit den besten Dienst erweisen! Wer Soldat sein will, mag es aus freien Stücken tun".

"Sind Reaktoren gefährlich?"

Wir stellten diese Frage. Strassmann antwortete: "Nicht die Spur! In Stockholm steht ein Reaktor mitten in der Stadt. Er ist dort seit drei Jahren in Tätigkeit. Im Umkreis von einem Kilometer Radius leben 350 000 Menschen. Sie sind auch nicht der geringsten Strahlengefährdung ausgesetzt. Wir werden uns also an die Reaktoren gewöhnen müssen". Die Schutzmöglichkeiten sind ausserordentlich gross!

Eine Lanze für Professor Bechert

Das Gespräch wandte sich der radioaktiven Verseuchung zu. Strassmann nannte mit grosser Hochachtung den Namen von Professor Karl Bechert. "Auf jeden Fall hat Bechert das Verdienst, auf die Verseuchung mit Nachdruck unermüdlich hingewiesen und etwa die Gefahren aufgezeigt zu haben, die durch Strontium 90 oder radioaktiven Kohlenstoff drohen können". Nach dieser Feststellung fuhr Strassmann fort: "Es ist unerhört, was die zur SPD in Opposition stehende Presse an überlachten Verunglimpfungen dieses hervorragenden Gelehrten publiziert. Sie scheut sich leider nicht, reinen Namen damit in Verbindung zu bringen. Ich habe niemals bestritten, dass die Tests nuklearer oder thermonuklearer Bomben eine gefährliche Sache sind. Sie dürfen keineswegs fortgesetzt werden! - Die Ansichten der Biologen lauten unter anderem so: Alle Strahlendosen wirken akkumulativ, und die durch Strahlungen verursachten Mutationen, auch kleinste Mutationen, sind fast immer negativ. Niemand darf die Gefahren einer sich mehrenden Strahlenbelastung leugnen. Doch soll deshalb keine Panik ausbrechen".

Professor Strassmann wies auf die eigenen Untersuchungen seines Instituts hin, die vor kurzem abgeschlossen worden sind. Ein Jahr lang liess er Staub vom Regen trennen, und die Messungen ergaben, dass die Bundesrepublik nicht mehr als das Ausland gefährdet wäre. Es sei gegenwärtig eine verstärkte, aber noch keine die Grenzen der Zulässigkeit erreichende Radioaktivität gemessen worden. Die Vermutungen der Biologen betreffen die künftige Entwicklung des Geschlechts, die nachfolgenden Generationen. Es könnte sein, dass etwa die Gammastrahlungen die Gene als Träger der Erbmasse verändern. - Das ganze Gebiet dieser Forschungen sei Neuland, Erfahrungen, die Geschlechtsfolgen betreffen, lägen nicht vor. - "Und deshalb, "so betonte Strassmann, "ist Vorsicht geboten. In jedem Fall müssen die Wasserstoff- und Plutoniumbomben-Versuche unterbleiben. Die Militärs und Politiker dürfen sich nicht darauf berufen, dass sie bisher noch nicht die Produktion ganzer Serien von Erbkranken verschuldet haben. Die Verantwortlichen sollen nicht meinen, dass es ihnen erlaubt sei, nach Belieben weiter wie bisher zu verfahren".

Unzureichende Förderung der Wissenschaft

Professor Strassmann kam auf die noch immer unzureichende Förderung der Wissenschaft und ihres Nachwuchses im Land des Wirtschaftswunders zu sprechen: "Das Studium darf nicht vom Geldbeutel des Vaters abhängen. Ebenso wenig lässt es sich ohne nachteilige Folgen mit dem Zwang des Studenten zum andauernden Nebenverdienst, nur, um das nackte Leben zu fristen verbinden. Die Wissenschaft sei Jahrzehnte durch den Staat vernachlässigt worden, während die Sowjetunion das genaue Gegenteil tat. Wir wundern uns im Westen, dass wir ins Hintertreffen gegenüber der östlichen Macht geraten sind. Aber es ist gekommen, wie es kommen musste". + + +

Dem weltpolitischen Gespräch entgegen

ler- Das Tauziehen um die besten Ausgangspositionen für die kommenden west-östlichen Verhandlungen nimmt dramatische Formen an. Die Gespräche selbst sind unvermeidlich. Dafür sorgt schon der Druck der Weltmeinung, der sich in diesen Tagen und Wochen als ein weltpolitischer Faktor erster Grössenordnung erweist. Diese Weltmeinung nötigt beide Seiten, die Staaten des NATO-Paktes und die Länder des Warschauer-Paktes nach dem Gespräch zu suchen und es schliesslich auch zu führen.

Zunächst stehen dem nun Verfahrensfragen entgegen. Der fleissige Briefschreiber Bulganin - sein letzter Brief ging an 80 Staaten - möchte mit einer Gipfel-Konferenz nach Genfer Master anfangen, wobei ihm wohl auch der Gedanke vorschweben mag, dass die Sowjet-Union auf einer solchen Riesen-Konferenz aufgrund ihrer kürzlichen politischen und technischen Erfolge gut abschneiden würde. Die westlichen Regierungen wiederum - eben des propagandistischen Hintergedankens der Bulganin-Briefe bewusst - möchten erst auf der Ebene vorbereitender Aussenminister-Begegnungen und durch vorhergehende intensive diplomatische Fühlungen das Terrain sondieren, um nicht, wie sie annehmen, in eine Falle gelockt zu werden. Washington geht noch einen Schritt weiter. Es verlangt - und dies im klaren Widerspruch zu so wichtigen NATO-Partnern wie Canada - zunächst "Beweise guten Willens" von der Sowjet-Union, so den Verzicht auf ein Veto beim Sicherheitsrat der UNO, wenn Massnahmen für die friedliche Regelung von Streitfällen vorgeschlagen werden, die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen, "wie wir (1955) in Genf beschlossen haben und wie es die Situation erfordert", die Aussprache über die Situation der osteuropäischen Länder und anderes mehr. Aber ist es gut, ein Gespräch, von dessen Erfolg oder Misserfolg doch wesentlich Krieg oder Frieden bestimmt wird, von vorher festgelegten Bedingungen abhängig zu machen?

Bulganin hat in Vorahnung der amerikanischen Einwände in seinem letzten Schreiben "Beweise guten Willens" der Sowjet-Union schon angegeben: Er erinnert an die Zustimmung Moskaus zur österreichischen Neutralität und den damit verbundenen sowjetrussischen Truppenabzug aus Österreich, an die Einstellung der Kampfverhandlungen in Korea und Indo-China, an denen die Sowjet-Union sehr aktiv mitwirkte, und schliesslich an die, wenn man die letzte Verringerung dazu rechnet, Herabsetzung der sowjetischen Truppenstärke von insgesamt 2 Millionen Mann innerhalb von zwei Jahren. Sollten die Vereinigten Staaten darauf beharren, Deutschland müsse erst aufgrund freier Wahlen wiedervereinigt werden, bevor man überhaupt ein

mit Aussicht auf Erfolg garantiertes Gespräch mit der Sowjet-Union führen kann, dann könnte man allerdings heute schon die Totenglocken für die, gewiss von beiden Seiten ernstlich gewollte West-Ost-Konferenz läuten. Gerade das ist genau der Punkt, an dem sich die Sowjet-Union seit dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO als unzugänglich erwiesen hat; nun sind sich alle weitsichtigen Politiker im klaren darüber, dass freie Wahlen in Deutschland nur als Ergebnis einer vorherigen Verständigung zwischen West und Ost über den militärischen Status eines wiedervereinigten Deutschland zu haben sein werden.

Sicherlich würde eine überhastete überberufene Gipfel-Konferenz mehr Schaden anstiften als Gutes tun. Hier sind die Bedenken der westlichen Regierungen nur allzu berechtigt. Gewiss bedarf es sehr umfangreichen diplomatischer gegenseitiger Erkundungen, zu denen man sich der herkömmlichen Kanäle bedienen kann. Bulganin selbst sprach zwar, was den Termin einer solchen Konferenz anbelangt, "innerhalb von zwei bis drei Monaten", aber das ist gewiss eine Formulierung, der jeder apodiktische Charakter fehlt. Es würde für die Welt kein Unglück sein, wenn eine solche Gipfel-Konferenz erst in vier, fünf Monaten stattfinden würde, zu einer Zeit also, die zum gegenseitigen Abtasten genügend Zwischenraum liesse. Ein Unglück wäre es aber, wenn die westlichen Regierungen den Termin so lange hinausschieben würden, bis sie sich der Sowjet-Union auf al-
len militärischen Gebieten überlegen fühlen. Davon träumt vor allem der amerikanische Außenminister Dulles, und von ihm geht ein mächtiger Druck auf die Regierungen der westlichen Länder aus.

Der Zeitpunkt einer genau ausgeklügelten Balance der militärischen Stärken zwischen West und Ost lässt sich nie errechnen. Die russischen Sputniks und die russischen interkontinentalen Raketen haben im militärischen Sinne das weltpolitische Gleichgewicht nicht gestört, was gerade Eisenhower in seiner Jahres-Botschaft an die amerikanische Nation so eindrucksvoll bestätigte.

Beide Mächte sind wohl in der Lage, von der Position einer Gleichwertigkeit zu verhandeln - aber der Westen kann psychologisch sehr leicht ins Hintertreffen geraten, lässt er es an Verhandlungsbereitschaft fehlen oder er verkleidet diese unter Bedingungen, die für die Sowjet-Union in der Vergangenheit und schon gar nicht in Gegenwart und Zukunft annehmbar waren und sein werden. Das Sich-Klammern an Verfahrensfragen, wie es derzeit den Anschein hat, bringt politisch keinen Gewinn ein, es verzögert nur ein Gespräch, das doch geführt werden muss, wenn beide Seiten nicht dem Untergang zusehen wollen.

Der liberale Aberglaube.

RAP.- In einer angesehenen westdeutschen Wirtschaftszeitung war am 8. Januar 1958 ein Artikel über "Das unbruchbare Nationalbudget" und über "Schwedens enttäuschende Erfahrungen seit zehn Jahren" mit einem solchen zu lesen. Darin wurde auch der von der SPD dem zweiten Bundestag eingereichte "Entwurf eines Gesetzes zur Förderung eines stetigen Wachstums der Gesamtwirtschaft" apostrophiert. Der Autor war offensichtlich in keiner Weise vorbelastet von Wissen um Zweck und Aufgaben volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen und Nationalbudgets, aber auch nicht um die Probleme der schwedischen Volkswirtschaft. Die verstimmende Absicht des Artikels, die allerdings die Kenntnis der behandelten Gegenstände geradezu verbietet, ist die zum billigen Modestartikel gewordene Verleumdung der Gewerkebewegung: "Betrachtet der ausländische Leser die volkswirtschaftliche Entwicklung Schwedens näher, so erkennt er rasch, dass dieses Land seit Kriegsende (und vielleicht noch länger) mit der Inflation ringt, und man sieht auch, aus welchem Grunde hauptsächlich: Das Land leidet vor allem unter der Lohninflation, die die Gewerkschaften betreiben."

Am Anfang des ökonomischen Liberalismus stand der Aberglaube an die "Unsichtbare Hand", die die im Marktgeschehen wirksamen individuellen Egoismen in das Allgemeinwohl verwandelt. Was andere für moderne Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik ansehen, hält der im Aberglauben befangene Liberale für die Wirtschaftspolitik selbst, für eine "Sichtbare Hand".

Im vergangenen Jahre haben der schwedische Gewerkebund und die schwedische Arbeitgebervereinigung eine zweijährige gemeinsame Untersuchung beendet, die ergibt, dass 50% aller zwischen 1945 und 1955 vorgekommenen Lohn erhöhungen auf "löneglädning" zurückzuführen waren, die zu inflationären Tendenzen beigetragen hat. Dieses schwedische Wort wird wohl am verständlichsten mit "Lohn drift" übersetzt. Diese umfasst alle Leistungen, die den Arbeitnehmern freiwillig von den Unternehmern zugestanden werden, wenn diese um knappe Arbeitskräfte werden. An sich eine in jeder vollbeschäftigten Volkswirtschaft bekannte Erscheinung, musste sie in einem Land besonders

wirksam werden, das fast die Oberfläche, aber nur ein Zehntel der Bevölkerung des Deutschland von Weimar hat. Ohne dauernde Völbeschäftigung aller seiner Wirtschaftskräfte wäre Schweden ein politisch schwaches "unterentwickeltes Gebiet" mit einer pauperisierten Bevölkerung. Jetzt ist es ein Muster allgemeinen Wohlstandes, sozialer Sicherung, modernster Wehrhaftigkeit usw. Gerade jetzt wird ein Straßenbauprogramm diskutiert, dessen Kosten auf 20 Milliarden Schwedenkronen geschätzt werden. Kur Weltfremdeheit könnte annehmen, dieses Projekt sei lediglich auf die zunehmenden Importe von Personenkraftwagen zurückzuführen.

Kein Nationalbudget, aber auch keine Zentralbankpolitik können die vom Liberalismus erwarteten Wunder gegenüber einer Problematik bewirken, die sich aus moderner Technik, moderner Wirtschaft und komplizierter Weltpolitik ergibt; sie können nur Hilfsmittel einer stets wachen Wirtschaftspolitik sein. Darum können die aus dem bezogenen Artikel nachstehend zitierten Sätze nur verlesen: "Also auch nach zehn Jahren pädagogischen Wertes der Etich. Budgetberechnung besteht bei den schwedischen Gewerkschaften noch immer kein ausreichendes Verständnis für die volkswirtschaftlichen Erfordernisse. Die Nationalbudgets haben Schweden nicht vor Lohninflation bewahrt. --- Die Diskontpolitik der schwedischen Reichsbank scheint nach allen Eindrücken ein wesentlich wirksamerer Faktor der Inflation in Schweden zu sein."

Diese Sätze enthalten einen weiteren Aberglauben, den an die unfehlbare Einsicht und an die umfassende Allmacht einer Zentralbankleitung. Sicher geht man nicht fehl in der Annahme, das der Sozialdemokrat und Gewerkschaftler Per Åstrink, der augenblicklich die schwedische Reichsbank leitet, diesen Aberglauben ebensowenig teilt, wie der von jenem Artikelverfasser ebenfalls angeführte Sozialdemokrat und Gewerkschaftler Ingvar Ohlsson aus dem schwedischen Finanzministerium. Und in der Bundesrepublik sollte man sich endlich die von der bundesantlichen Wirtschaftspolitik initiierte Überheblichkeit abgewöhnen, eingedenk des Wortes : Hochmut kommt vor dem Fall.

Rom und Moskau

sp- Wieder einmal erleben wir eine Zeit, in der die gleichen Worte nicht das gleiche bedeuten. Als der sowjetische Aussenminister Gromyko dieser Tage meinte, die Sowjetunion sei für den Frieden, der Papst auch, die Sowjetunion sei gegen Atomwaffen, der Papst auch - "und somit sind Annäherungspunkte für unsere Politik gegeben" kam sofort aus Rom das Echo, Gromyko irre sich. Beide Parteien sprächen eine so verschiedene Sprache, dass ein Dialog und ein Kontakt unmöglich seien...

Die Geistesverwirrung in der Welt macht beachtliche Fortschritte. Jetzt sind wir also schon soweit, dass Gegner von Atombomben und Gegner von Atombomben nicht dasselbe sind. Wo endet dieser Weg?

Man könnte sich vorstellen, dass religiöse Überzeugungen und staatspolitische Erwägungen in einer Frage des Seins oder Nichtseins der Menschheit zu den gleichen Resultaten führen. Warum verbaut man sich aber dann das Gespräch durch die Aufrichtung einer Barriere, die theoretische Postulate als gegeben hinnimmt? Wäre es nicht viel vernünftiger, in der Sache zu prüfen, ob in der Zielsetzung nicht - unabhängig von diesen Postulaten - doch etwas für die Menschheit getan werden kann?

Wenn man nämlich den Weg zur Sicherung des Friedens mit Vorbehalten pflastert, wenn man jeweils "den anderen" unterstellt, er wolle eigentlich gar nicht den Frieden, trotzdem er es sagt, wird man in eine Sackgasse geraten.

Dass man uns nicht falsch versteht: es liegt uns fern, Rom mit Moskau auf eine Stufe stellen zu wollen. Aber könnte es nicht sein, dass beide auch ohne Postulate das gleiche Ziel verfolgen? Die Exponenten grosser Mächte haben früher gelegentlich auch schon die gleiche Sprache gesprochen und gegenseitig von sich behauptet, dass sie etwas anderes meinten. Im Beharren auf dieser Position haben sie der Menschheit nur Unglück gebracht.

-----+ + +-----
Verantwortlich: Günter Markscheffel